

Das imaginierte Fremde Rassismus als Legitimitätsproblem für die Demokratie

Vanessa Wintermantel

Wenn Teile einer Gesellschaft im Alltag und im politischen Prozess systematisch benachteiligt oder ausgeschlossen werden, ergeben sich daraus Legitimitätsprobleme für die Demokratie. Denn der Umfang, in dem es einem politischen System gelingt, Freiheit, Gleichheit, Unversehrtheit und Selbstbestimmung aller Mitglieder der Gemeinschaft gleichermaßen zu gewährleisten, ist aus demokratietheoretischer Perspektive ein Maßstab für seine demokratische Legitimität. Die zunehmende Verbreitung und Tolerierung rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung gefährden so nicht nur das Wohlergehen und die Rechte der Betroffenen. Sie sind inzwischen zu einem ernstzunehmenden Legitimitätsproblem für die liberale Demokratie der Bundesrepublik geworden, das alle Mitglieder der Gesellschaft angeht.

In Deutschland ist heute für eine große Mehrheit unstrittig, dass Rassismus grundsätzlich in einer liberalen, toleranten und offenen Gesellschaft keinen Platz hat. Allerdings besteht Unsicherheit darüber, was der Begriff des Rassismus umfasst: In der deutschen Debatte wurde er bis vor wenigen Jahren vornehmlich mit Nationalsozialismus und Holocaust, dem südafrikanischen Apartheid-Regime oder der Benachteiligung von Schwarzen Menschen in den USA in Verbindung gebracht. Daher sind manche empört, wenn ihr Verhalten heute als rassistisch bezeichnet wird, weil sie jemanden auf Grund des Aussehens nach ihrer*seiner Herkunft fragen, oder Bedenken äußern, weil der neue Freund der Tochter muslimischen Glaubens ist. Kann das schon als Rassismus gelten?

Die gemeinnützige Amadeu Antonio Stiftung definiert Rassismus als Ideologie, die Menschen auf Grund ihres Äußeren, ihres Namens, ihrer (vermeintlichen) Kultur, Herkunft oder Religion in scheinbar homogene Gruppen einteilt und dabei bestimmte Gruppen systematisch abwertet. Der biologistische Rassismus, der auch der pseudowissenschaftlichen Rassenlehre des Nationalsozialismus zugrunde lag, versuchte vergeblich, Menschen auf Grund vorgegeblicher biologischer oder genetischer Unterschiede in „Rassen“ einzuteilen. Modernisierte Varianten des Rassismus kommen ohne einen expliziten Rassebegriff aus. Stattdessen konstruieren sie Menschen aufgrund ihrer Kultur oder Religion als einheitliche Gruppe, der sie bestimmte Eigenschaften und Merkmale zuschreiben. Dementsprechend wird beispielsweise die Diskriminierung von (vermeintlichen) Muslim*innen als antimuslimischer Rassismus bezeichnet.

Rassismus bedient sich sogenannter *Othering*-Prozesse: Einer Bevölkerungsgruppe, die sich scheinbar oder tatsächlich von der Mehrheit unterscheidet, werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die zu deren „Wesen“ erklärt werden. Merkmale, die der Vorstellung darüber, wie das Eigene sein sollte, widersprechen – wie Unzivilisiertheit, Faulheit, Gewaltbereitschaft oder sexuelle Zügellosigkeit –, werden auf die Gruppe der „Anderen“ projiziert. Durch *Othering* konstruiert die Mehrheitsgesellschaft ihre eigene Identität in Abgrenzung von der Vorstellung des Fremden.

Die so entstandene Imagination des Anderen diente historisch als Rechtfertigungsgrundlage für Unterdrückung, Sklaverei und Kolonialismus. Der kamerunische Philosoph Achille Mbembe argumentiert gar, dass die Entwicklung und Konsolidierung westlicher liberaler Demokratien nur möglich gewesen seien, weil Gewalt, Chaos und Feindschaft in Kolonien und Plantagen ausgelagert wurden. Eine Kontinuität der in dieser Zeit entstandenen und über viele Jahrhunderte verfestigten Vorurteile lässt sich bis heute in der Migrationsdebatte beobachten, wenn männliche Geflüchtete als potenzielle Vergewaltiger dargestellt

Summary: Although a large majority of Germans generally disapprove of racism and right-wing extremism, racist and dehumanizing tendencies are becoming increasingly widespread in Germany. These are in significant contradiction to the principles of a liberal democracy, which must guarantee freedom, equality, physical integrity and self-determination for all members of the community. If racist tendencies remain unopposed or even turn into the basis of discriminatory policies, they will therefore become a serious problem of democratic legitimacy.

Kurz gefasst: Obwohl eine große Mehrheit der Deutschen Rassismus und Rechtsextremismus grundsätzlich ablehnt, finden rassistische und menschenfeindliche Tendenzen in Deutschland zunehmende Verbreitung. Diese widersprechen maßgeblich den Grundsätzen einer liberalen Demokratie, die Freiheit, Gleichheit, Unversehrtheit und Selbstbestimmung für alle Mitglieder der Gemeinschaft gleichermaßen garantieren muss. Wird rassistischen Tendenzen nichts entgegengesetzt oder sind sie sogar Grundlage einer diskriminierenden Politik, werden sie zu einem ernstzunehmenden Legitimitätsproblem für die Demokratie.

werden oder Migrant*innen unterstellt wird, sie wollten die Sozialsysteme ausnutzen. Auch die bisher ausgebliebene Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte trägt dazu bei, dass sich rassistische Vorstellungen, insbesondere von muslimischen und Schwarzen Menschen, beharrlich halten.

Eine wichtige Unterscheidung wird in der Soziologie zwischen interpersonellem und strukturellem Rassismus vorgenommen. Interpersoneller Rassismus tritt in Begegnungen zwischen Einzelpersonen oder Gruppen auf – beispielsweise, wenn eine junge Frau auf der Straße wegen ihres Kopftuchs beleidigt oder angegriffen wird. Struktureller (oder auch institutioneller) Rassismus liegt dagegen dann vor, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund gesellschaftlicher, politischer oder rechtlicher Normen systematisch Diskriminierung erfahren. Dazu zählt sowohl eine institutionelle Benachteiligung, wie beispielsweise durch das sogenannte *racial profiling*, bei dem Menschen aufgrund ihres Aussehens und ohne konkretes Verdachtsmoment von Polizei oder Sicherheitskräften kontrolliert werden, als auch durch die systematische Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Struktureller Rassismus führt dazu, dass einzelne Fälle von interpersonellem Rassismus von der Politik verharmlost oder in der Gesellschaft als normal wahrgenommen werden.

Struktureller Rassismus betrifft in Deutschland Menschen, die als nicht weiß wahrgenommen werden. Dabei haben sich auch der Begriff des Weißseins und die damit verbundenen Privilegien im Laufe der Geschichte gewandelt: Wie jede imaginierte „Rasse“ ist auch das Weißsein ein soziales Konstrukt. Nicht weißen Menschen wird die Zugehörigkeit zur Gesellschaft – ihr „richtiges“ Deutschsein – häufig abgesprochen, nicht zuletzt auch durch wiederholtes Fragen nach ihrer „wirklichen“ Herkunft. Somit betrifft Rassismus in Deutschland nicht nur neu Zugewanderte, sondern auch Menschen, die sich selbst als Deutsche verstehen und nie eine andere Heimat kennengelernt haben. Daher ist es wichtig, Rassismus von Fremdenfeindlichkeit zu unterscheiden, die sich per Definition nur gegen jene richtet, die Fremde, also keine Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft sind.

Die Aufdeckung der NSU-Mordserie, die verabredete Hetzjagd auf rassifizierte Menschen in Chemnitz, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der sich für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzte, die Schüsse auf einen Eritreer aus einem vorbeifahrenden Auto in Hessen, der Terroranschlag gegen eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle und zuletzt das rassistisch motivierte Attentat in Hanau sowie die Entdeckung einer deutschlandweit vernetzten, schwerbewaffneten Terrorzelle, die plante, Anschläge gegen Moscheen zu verüben und bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen, hat viele für die Gefahr, die heute in Deutschland vom gewaltbereiten rassistischen Terror ausgeht, sensibilisiert. Dennoch werden diese Vorfälle weiterhin häufig als tragische Einzelfälle betrachtet. Aktuelle Statistiken widersprechen dieser Einschätzung: Knapp 200 Todesopfer rechter Gewalt zählt die Amadeu Antonio Stiftung seit der Wiedervereinigung, wobei sie beklagt, dass die Bundesregierung nur die Hälfte der Fälle als solche anerkennt. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema antimuslimischer Rassismus geht zudem hervor, dass in Deutschland im Jahr 2019 jeden zweiten Tag eine muslimische Einrichtung, eine Moschee oder eine als muslimisch wahrgenommene Person aus islamfeindlichen Motiven angegriffen wurde. Dabei sind vor allem Frauen, die ein Kopftuch tragen, gefährdet, Opfer solcher Übergriffe zu werden.

Während der gewaltbereite Rassismus zweifellos die größte Gefahr für Leib und Wohl der Betroffenen darstellt, wird er erst ermöglicht durch eine zunehmende Verbreitung und Tolerierung rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Die seit 2006 alle zwei Jahre von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Mitte-Studien zeigen, dass entsprechende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft tief verwurzelt sind und inzwischen sogar eine Normalisierung menschenfeindlicher Tendenzen stattgefunden hat: Selbst Menschen, die dieses Weltbild nicht teilen, reagieren immer seltener mit Empörung. Dabei weisen die Autor*innen darauf hin, dass vor allem subtile Formen der Ausgrenzung zuge-

nommen haben. So beharren Alteingesessene auf einer nicht rechtfertigbaren Vorrangstellung. Die Einforderung solcher „Etabliertenvorrechte“ sehen die Autor*innen als „Einfallstore von Abwertungen und Rassismus“. Auch die Ergebnisse des gemeinsam von WZB und Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Demokratiemonitors 2019 zeigen, dass ein gutes Drittel der Befragten nicht bereit ist, Migrant*innen dieselben Rechte wie allen anderen zuzugestehen.

Das Funktionieren einer liberalen Demokratie ist jedoch davon abhängig, dass sich ihre Bürger*innen gegenseitig als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkennen und einander dieselben Rechte zugestehen. Denn das Konzept einer liberalen Demokratie umfasst mehr als die bloße Umsetzung des Willens der Mehrheit: Es ist ihre zentrale Aufgabe, Unversehrtheit, Freiheit, Gleichheit und Teilhabe aller, vor allem auch der Angehörigen von vulnerablen Minderheiten, zu sichern. Die Verbreitung und Tolerierung von Rassismus – in Form gewalttätiger Übergriffe, aber auch in Gestalt subtiler Ausgrenzungsversuche – verhindert jedoch, dass Betroffene selbstbestimmt als Freie und Gleiche an Gesellschaft und Politik teilhaben können. Somit untergräbt Rassismus eine wesentliche Grundlage demokratischer Legitimität.

Damit die demokratische Legitimität der Bundesrepublik durch rassistische und menschenfeindliche Tendenzen keinen nachhaltigen Schaden erleidet, ist es notwendig, gezielt und konsequent gegen ihre Verbreitung und Normalisierung vorzugehen. Dafür reicht es nicht, dass Politiker*innen und Gesellschaft ihre grundsätzliche Ablehnung dieser Tendenzen zum Ausdruck bringen. Vielmehr erfordert ein aufrichtiges Engagement gegen Rassismus, dass jedem einzelnen Vorfall – sei es im Sportverein, in der U-Bahn, am Arbeitsplatz oder in der Schule – ohne Zögern etwas entgegengesetzt wird und wenn möglich eine strafrechtliche Ahndung erfolgt. Nur auf diese Weise kann die Demokratie ihre Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und Unversehrtheit für alle Mitglieder der Gesellschaft einlösen. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn Betroffenen zugehört und geglaubt wird und jede*r Einzelne bereit ist zu hinterfragen, inwiefern sie*er an der Aufrechterhaltung und Reproduktion von tief in der Gesellschaft verankerten Stereotypen und Vorurteilen beteiligt ist.

In diesem Beitrag wird „Schwarz“ großgeschrieben. Wir folgen damit der Argumentation der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland. Die Großschreibung macht deutlich, dass es sich um eine konstruierte Zuordnung handelt, die die alltäglichen Erfahrungen Schwarzer Menschen prägt, und nicht um eine reale Eigenschaft, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist.

Literatur

Attia, Iman: „Rassismus (nicht) beim Namen nennen“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2014, 64. Jg., S. 8–14.

Eddo-Lodge, Reni: *Why I'm No Longer Talking to White People About Race*. London: Bloomsbury 2017.

Mbembe, Achille: *Politik der Feindschaft*. Berlin: Suhrkamp 2017.

Said, Edward: *Orientalism*. New York: Pantheon 1978.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz 2019.



Vanessa Wintermantel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Dissertation hinterfragt sie die demokratische Rechtfertigbarkeit von Grenzen.

(Foto: David Ausserhofer)

vanessa.wintermantel@wzb.eu